Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1919)
Heft: 1

Artikel: Bemerkungen zum Frauenwahlrecht in Deutschland
Autor: Eithner, Bertha
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-327091

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zung vom 29. November, Präsident Wilson seinen Dank für dessen bewundernswerten Kampf um einen demokratischen Frieden auszudrücken, sowie ihm zu der Gelegenheit, sein Programm zu verwirklichen, zu gratulieren und seinen Anstrengungen wärmstens Erfolg zu wünschen. Zugleich gibt er der Hoffnung Ausdruck, das Datum des Friedenskongresses möchte so früh als möglich angesetzt werden, da eine Verlängerung der ungewissen politischen Verhältnisse Europa allen Gefahren der Anarchie aussetzt."

Bemerkungen zum Frauenwahlrecht in Deutschland.

Die ausserordentlich inhaltschweren Wandlungen der ersten Novemberwoche in Deutschland haben den deutschen Frauen gleichsam über Nacht das Wahlrecht in den Schoss geworfen, eine Gabe, deren Tragweite wohl den Führerinnen der Frauenrechtsbewegung bewusst wird, für die aber alle bürgerlichen und alle rechtsstehenden Kreise sehr wenig Verständnis mitbringen.

Die sozialistische Organisation hat bereits seit langen Jahren die ihr angeschlossenen Frauen in das politische Denken eingeführt und in Fühlung mit den Richtungen und Zielen der Partei erhalten. Sie finden in der augenblicklichen Neuordnung das Ergebnis der Zielsetzung, die sie anstrebten, für die sie lebten und ihre Ideale formten, fühlen sich in deren Konsequenzen ein und werden bei den bevorstehenden Wahlen ihre Partei und deren Ziele als etwas ihnen Selbstverständliches vertreten.

Anders die bürgerlichen Frauen. Eine kleine Gruppe politisch Interessierter ausgenommen, hat die Masse der bürgerlichen Frauen mit einer seltenen Zähigkeit ihre Anteillosigkeit an der Politik und am Ausbau des Staates festgehalten. Dazu kommt, dass die Führerinnen der beinahe völlig rechtsstehenden deutschen Frauenbewegung zwar die Forderung nach dem Wahlrecht der Frau in ihr Programm aufgenommen hatten, aber ihre bisherige Orientierung nach rechts kann weder der heutigen politischen Neuordnung gerecht werden, noch haben sie und ihre Gefolgschaft sich jemals bemüht, das Interesse am politischen Denken zu fördern. Man war es gewöhnt, die Politik sowie die Propaganda für das Stimmrecht der Frauen einer kleinen, isoliert stehenden Gruppe zu überlassen, die von der früheren deutschen Regierung auf Dauer der Kriegszeit mundtot gemacht war, und deren Vertreterinnen, z. B. in Bayern, sogar stadt- und landesverwiesen wurden.

Nach vollzogener Wandlung in den ersten Novembertagen sagte sich die intelligente bürgerliche Frau sehr wohl, dass sie eine, wenn auch mässige politische Betätigung ihrem Interessengebiet einreihen müsse, um die Beziehungen zur Gegenwart anzubahnen. Ihre Beteiligung an den Wahlen ist mit einmal für alle einflussreichen Leute, die dem Frauenstimmrecht so fern standen wie dem Monde, eine höchst wichtige Sache geworden, und ihre Stimme wird um so dringender gewünscht, als es jetzt natürlich dem Vorteil einer jeden Partei entspricht, ihre Stimmenzahl zu vermehren, und die bürgerlichen Parteien darauf bedacht sind, sich ein Gegengewicht gegen die Herrschaft der Sozialisten zu sichern.

Trotzdem nun die Intelligenz unter den bürgerlichen Frauen durch eigenes Denken, durch die sehr nachdrücklichen Erfahrungen der Kriegsjahre oder durch die eruptiven Geschehnisse der Gegenwart sich mit den neuen Erfordernissen abgefunden haben oder zum mindesten versuchen, ihnen mit Verständnis entgegenzutreten, werden sie bewusst oder unbewusst nur wenig von dem Programm der rechtsstehenden Parteien abrücken. Sobald sie mit der Linken Fühlung suchen, stossen sie auf Schritt und Tritt auf Gegensätze zu ihren angeborenen und anerzogenen Anschauungen, zu ihrer gewohnten Lebensführung usw. Alle Ideale des Fortschrittes wurden bisher ausschliesslich von den linken Parteien vertreten, und es muss sich erst erweisen, wie weit die aus der Fortschrittlichen Volkspartei und einem Teil der Nationalliberalen Partei zusammengestellte «Demokratische Partei» mit den sozialistischen Parteien Fühlung gewinnt. Wer in die neuen Ideen, die den Fortschritt einschliessen, nicht durch eigenes Denken, durch eigenes Verantwortungsempfinden hineingewachsen ist, der wird den bevorstehenden Reformen durchaus nicht gerecht werden können. Alle Entwicklung im Einzelleben wie im Völkerleben muss sich von innen nach aussen vollziehen. Ein paar inhalts- und folgenschwere Tage können festgewurzelte Anschauungen des Menschen nicht ohne weiteres über den Haufen werfen. So wird die zur Wahl entschlossene bürgerliche Frau nicht allein vor folgenschwere Konflikte gestellt, sie wird durch ihre Interessenrichtung vom Programm der rechtsstehenden oder halbrechtsstehenden Parteien sich nicht loslösen wollen oder können, und durch ihre Beteiligung an den Wahlen wird der Verwirklichung fortschrittlicher Ideen im neuen Staatsleben ein Hindernis von grösster Tragweite erwachsen.

Bertha Eitner.

Aus den Vereinen.

Mitteilung des Bureau des Bundes schweizerischer Frauenvereine.

Der Vorstand des Bundes schweizerischer Frauenvereine beschloss in seiner Sitzung vom 30. November, auf Mittwoch, 22. Januar 1919 eine ausserordentliche Delegiertenversammlung einzuberufen, um die statutarischen Geschäfte zu erledigen und Stellung zu nehmen zu der neuen Lage, die durch die kürzlich stattgehabten Ereignisse geschaffen wurde.

Union für Frauenbestrebungen, Zürich.

Sitzung vom 5. Dez. Ein Teil des Abends wurde ausgefüllt durch einen Bericht über die ausserordentliche Delegiertenversammlung des „Schweiz. Verbandes für Frauenstimmrecht" in Bern. Das Resultat der Beratungen war der Beschluss, in einer Eingabe an die Bundesversammlung die Motion Scherrer-Füllemann betreffend Totalrevision der Bundesverfassung zu unterstützen und gleiche politische Rechte für Mann und Frau zu verlangen.

Für die im Frühjahr in Zürich stattfindenden Erneuerungswahlen der Kreisschulpflegen sollen die nötigen Schritte getan werden, um geeignete Frauen in Vorschlag zu bringen.

Unser Mitglied, Oberin Emmy Freudweiler, gelangt mit einer Eingabe an den Kantonsrat, worin sie sich eindringlich für eine kürzere Arbeitszeit des Pflegerinnenpersonals verwendet. Sie macht den Vorschlag, die tägliche Arbeitszeit in den kantonalen Anstalten auf 10½ Stunden zu reduzieren (bisher waren es 14—16 Stunden). Die Versammlung beschloss einstimmig, diese Eingabe zu unterstützen. Ferner soll angestrebt werden, dass diesen Pflegerinnen jährlich mindestens 52 Ruhetage, wenn möglich auch Ferien gewährt werden.

M. Sch.